



06.11.2008

## **Verbandsbeschwerderecht – Schluss mit Verhinderungspolitik - Ja**

Diese Volksinitiative kommt ebenfalls am 30.11.2008 zur eidgenössischen Abstimmung.

Die Realisierung umfangreicher Bauprojekte kann von unbeteiligten Dritten dank dem Verbandsbeschwerderecht total blockiert werden. Das heisst, dass ausserkantonale Instanzen und Verbände rechtsgültige Entscheide der Innerhoder Regierung und sogar der Landsgemeinde für nichtig erklären und das Bundesgericht in Lausanne anrufen können. Das ist undemokratisch. Die Unkosten der Beschwerde nehmen Heimat-Natur- und Denkmalschutz in Kauf, die dank jährlichen, mit Steuergeldern gut gefüllten Kassen, überall aktiv werden, auch wenn sie davon nicht betroffen sind. Der Bürger bezahlt auch noch dafür, dass seine demokratisch getroffenen Entscheide angefochten werden können. Das ist äusserst störend.

### **Missbrauch**

Mit Hilfe von Verbandsbeschwerden verhinderten oder verzögerten Organisationen aus politischen Gründen Projekte wie Gewerbebauten, Sportanlagen, Strassen, usw. missbräuchlich und gezielt. Besonders gravierend ist, dass gewisse Verbände auf Bauherren solange Druck ausüben bis diese sich auf einen Deal einlassen und den Umweltorganisationen Zahlungen leisten damit sie auf die Einreichung einer Beschwerde verzichten.

### **Initiative will Einschränkung**

Die Initianten dieser Initiative wollen das Verbandsbeschwerderecht nicht abschaffen, es aber einschränken. Mit einem neuen Artikel 30a in der Bundesverfassung kann das Verbandsbeschwerderecht im Bereich Umwelt und Raumplanung bei Projekten, welche durch Volks- oder Parlamentsabstimmungen in Bund, Kantonen und Gemeinden beschlossen wurden, nicht mehr ergriffen werden.

Mit einem **Ja** zur Initiative wird die direkte Demokratie gestärkt. Was das Volk oder das Parlament beschlossen hat, gilt auch für Verbände. Rechtsgültige Volks- und Parlamentsentscheide dürfen nicht mehr über die Verbandsbeschwerde ausgehebelt werden. Die Annahme der Initiative schafft Rechtssicherheit und ein stabiles Investitionsklima, was unserem Wirtschaftsstandort und letztlich uns allen zu Gute kommt.

Eine gute Stimmbeteiligung schafft bessere Klarheit für unsere Bürgerrechte.

SVP AI  
Der Vorstand